



Ägypten: *Ramy Kamil*, drohende Folter

Hintergrundinformationen



Ägypten: 76,6 Mio. Einwohner auf 1.002.000 km² Fläche, BSP/Einw. 3.000 \$ (2012), Bevölkerung: 99% Araber, Minderheiten von Nubiern, Beduinen, Berbern, Beja u.a., Religion: über 80% Muslime (fast ausschließlich Sunniten), ca. 15% Kopten sowie weitere Minderheiten von Christen und von Juden, Islam ist Staatsreligion. Die Arabische Republik Ägypten hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Am Morgen des 23. November 2019 nahmen sieben Polizisten in Zivil den koptischen Menschenrechtsaktivisten **Ramy Kamil** fest, der dafür bekannt ist, dass er Diskriminierung und Gewalthandlungen gegen Angehörige der Religionsgemeinschaft der koptischen Christen kritisiert.

Im Zuge einer verstärkten Unterdrückung von Opposition und regimekritischen Stimmen wurde der Menschenrechtsaktivist ohne Haftbefehl an seinem Wohnort festgenommen. Dabei wurden auch zahlreiche Arbeitsunterlagen sowie sein Telefon, sein Rechner und sein Fotoapparat beschlagnahmt.

Obwohl er an Asthma leidet, wurde ihm verboten, seine Behandlungsmittel mitzunehmen. Er wurde ohne Beisein seines Anwalts einen ganzen Tag lang an unbekanntem Ort verhört, wo man ihn auch gefoltert und misshandelt haben soll.

Erst am nächsten Tag wurde Ramy Kamil dem Staatssicherheitsanwalt vorgeführt, der ihm Folgendes zur Last legte: Mitwirkung in einer terroristischen Vereinigung und an deren Finanzierung, Entgegennahme ausländischer Finanzmittel, Verbreitung falscher Informationen und Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung durch Nutzung sozialer Medien.

Anschließend wurde der Menschenrechtsverteidiger in das Tora-Gefängnis zu einer vorläufigen Haft von 15 Tagen verbracht, die verlängert werden kann. Seit der Inhaftierung konnte er nicht von seinen Angehörigen Besuch empfangen und wurde tagelang verhört, mit begrenztem Zugang zu seinem Anwalt.

Rund zwei Wochen vor seiner Verhaftung war Ramy Kamil auch bereits von der Staatssicherheit vorgeladen worden. Er wurde dazu gedrängt, seine Tätigkeit einzustellen.

Seit der Revolution von 2011 hat sich Ramy Kamil dafür eingesetzt, die Identität und die Rechte der koptischen Religionsgemeinschaft zu verteidigen. Er gehörte zu den Gründern der Vereinigung Jugend von Maspero. Diese wurde nach dem Massaker von Maspero gegründet, das die Sicherheitskräfte und die Armee im Oktober 2011 in Kairo an friedlichen Demonstranten, hauptsächlich Kopten, verübt hatten.

Ramy Kamil kritisierte zudem, dass der Staat in bestimmten Situationen nicht reagiert bzw. zu ihnen beigetragen habe. Im April 2019 fertigte er einen Bericht über die Diskriminierung an, unter der die Kopten seit dem Machtantritt des Präsidenten al-Sissi gelitten hatten.

Laut der Organisation Front Line Defenders dokumentiert er Menschenrechtsverletzungen gegen seine Religionsgemeinschaft, die Brandschatzungen von Kirchen und Entführungen weiblicher Minderjähriger beklagt hat.

ACAT Deutschland beteiligt sich an einer gemeinsamen Aktion mit den ACATs in Frankreich, der Schweiz, Belgien und Luxemburg.



Bitte schreiben Sie an den Generalstaatsanwalt der Arabischen Republik Ägypten und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost nach Ägypten 1,10 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 28.02.2020.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/4771049, S.E. Herrn Khaled Mohamed Galaleldin Abdelhamid; E-Mail: embassy@egyptian-embassy.de]

Mr. Hamada al-Sawi
Prosecutor General
Office of the Public Prosecutor
Madinat al-Rehab
Cairo
ARAB REPUBLIC OF EGYPT

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

mit großer Besorgnis verfolge ich Berichte über die Inhaftierung des Menschenrechtsverteidigers Herrn **Ramy Kamil**. Dieser wurde am 23. September 2019 festgenommen und während des ganzen Tages über an einem unbekanntem Ort und ohne Beisein seines Anwalts zu seinen Aktivitäten und Quellen verhört. Dabei soll er auch Folter und Misshandlungen erlitten haben. Erst am 24. November 2019 wurde Ramy Kamil dem Staatssicherheitsanwalt vorgeführt.

Es liegen keine Beweise und keine Rechtsgrundlage vor, nach denen sein friedliches Engagement strafbar wäre. Dennoch wurden folgende Anklagen gegen ihn erhoben: Mitwirkung in einer terroristischen Vereinigung und an deren Finanzierung, Entgegennahme ausländischer Finanzmittel, Verbreitung falscher Informationen und Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung durch Nutzung sozialer Medien. Gegenwärtig befindet sich Ramy Kamil im Tora-Gefängnis in einer vorläufigen Haft von 15 Tagen, die verlängert werden kann.

Aufgrund dieser Vorkommnisse ersuche ich Sie:

- Ramy Kamils körperliche und psychische Unversehrtheit permanent zu gewährleisten;
- dem Gefangenen uneingeschränkten Kontakt zu Ärzten, Rechtsanwälten seiner Wahl und zu Familienangehörigen zu ermöglichen;
- die Anklagen zurückzunehmen und ihn umgehend, bedingungslos und dauerhaft freizulassen;
- eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Folttervorwürfe zu veranlassen;
- dafür Sorge zu tragen, dass Ramy Kamil und alle anderen Personen, die sich für die

Menschenrechte in Ägypten einsetzen, ihrer Arbeit ohne Repressalien nachgehen können.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herr Khaled Mohamed Galaleldin Abdelhamid
Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
Stauffenbergstraße 6/7
10785 Berlin

Exzellenz,
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übermittle, möchte ich den Generalstaatsanwalt der Arabischen Republik Ägypten im Falle des inhaftierten Menschenrechtsverteidigers Herrn Ramy Kamil um Unterstützung ersuchen und ihn darum bitten, sich seines Schicksals anzunehmen.
Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Kuba: *José Daniel Ferrer García*, Folter

Hintergrundinformationen



Kuba: 11,3 Mio. Einwohner auf 110.860 km² Fläche, BIP 3.990 \$ (2007), Bevölkerung: 50% afrikanisch-europäischer, 37% europäischer, 11% afrikanischer, 1% asiatischer Herkunft, zahlreiche Exilkubaner in den USA, Religion: 60% Katholiken, 5% Protestanten, afrokubanische Religionen. Die Republik Kuba hat das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert und den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* unterzeichnet.



Am 1. Oktober 2019 nahmen die kubanischen Behörden den Vorsitzenden der informellen Oppositionsgruppe Unión Patriótica de Cuba (UNPACU), **José Daniel Ferrer García**, in Santiago de Cuba fest. Seitdem ist er inhaftiert. Er ist zumindest bis Mitte November 2019 weder über die Gründe für seine Festnahme aufgeklärt noch angeklagt oder vor ein Gericht gestellt worden. Somit kann seine Inhaftierung als willkürlich gelten. Alarmierenden Berichten zufolge ist er in Haft gefoltert und misshandelt worden. Außerdem ist sein Zugang zur Außenwelt und zu seinen Angehörigen sehr eingeschränkt. José Daniel Ferrer García zählt zu den bekanntesten Dissidenten in Kuba.

Nach Angaben seiner Ehefrau drangen am Morgen des 1. Oktober Ordnungskräfte in das Haus ein. Außerdem gab seine Ehefrau an, dass José Daniel Ferrer García während der ersten 72 Stunden nach seiner Festnahme keinen Kontakt zu seinen Angehörigen aufnehmen durfte. Ein Telefonat wurde ihm verweigert. Dabei steht es inhaftierten Personen zu, Dritten mitzuteilen, dass sie verhaftet worden sind und wo sie festgehalten werden. Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt leisten Folter und anderen Formen der Misshandlung sowie dem „Verschwindenlassen“ Vorschub.

Es bedarf laut Amnesty International (AI) einer Massenmobilisierung, um die kubanische Regierung dazu zu bewegen, José Daniel Ferrer García entweder anzuklagen oder freizulassen und ihn außerdem vor Folter oder anderen Misshandlungen zu schützen.

Anfang November 2019 erhielt AI von MenschenrechtsverteidigerInnen die Information, dass José Daniel Ferrer García in der Haft gefoltert wird.

Die kubanischen Behörden versuchen bereits seit mehr als zehn Jahren, José Daniel Ferrer García wegen seines politischen Aktivismus einzuschüchtern und zu schikanieren. Er war schon zuvor inhaftiert und Amnesty International hatte ihn 2003 gemeinsam mit 74 Mitgefangenen, die allein wegen der friedlichen Äußerung ihrer Meinung inhaftiert waren, zu einem gewaltlosen politischen Gefangenen erklärt. Im Jahr 2018 wurde er zudem zehn Tage lang ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten.

Nach internationalen Menschenrechtsstandards muss jede Person, die festgenommen oder inhaftiert wird, zum Zeitpunkt der Festnahme über die Gründe des Freiheitsentzugs informiert werden. Außerdem legen internationale Standards fest, dass die festgenommene Person

unverzüglich einem Haftrichte vorgeführt werden muss.

Völkerrechtlich gilt das Verbot von Folter für alle Staaten, unabhängig davon, ob sie Verträge unterzeichnet haben, in denen das Folterverbot explizit genannt ist, oder nicht.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Republik Kuba und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost nach Kuba, 1,10 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 28.02.2020.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/44737038, S.E. Herrn Ramon Ignacio Ripoll Diaz; Email: recepcion@botschaft-kuba.de]

Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez
Presidente de la República de Cuba
Hidalgo, Esquina 6. Plaza de la Revolución
La Habana, CP 10400
KUBA

Exzellenz,

in großer Sorge um den inhaftierten Vorsitzenden der informellen Oppositionsgruppe Unión Patriótica de Cuba(UNPACU), Herrn **José Daniel Ferrer García**, wende ich mich an Sie. Am 1. Oktober 2019 nahmen die kubanischen Behörden José Daniel Ferrer García in Santiago de Cuba fest. Seitdem ist er inhaftiert. Während der ersten 72 Stunden nach seiner Festnahme durfte er keinen Kontakt zu seinen Angehörigen aufnehmen. Ein Telefonat wurde ihm verweigert. Ebenso wurde der Gefangene nicht zeitnah über die Gründe für seine Festnahme informiert oder angeklagt. Mit Bestürzung habe ich erfahren, dass José Daniel Ferrer García in der Haft gefoltert worden sein soll.

In Anbetracht der geschilderten Umstände appelliere ich an Sie:

- Herrn José Daniel Ferrer García wirksam vor Folter und Misshandlungen zu schützen und die Folttervorwürfe unabhängig und unparteiisch untersuchen zu lassen;
- ständigen Zugang zu Ärzten und einem Rechtsbeistand seiner Wahl sowie zu seinen Angehörigen zu ermöglichen;

- José Daniel Ferrer García unverzüglich, vorbehaltlos und dauerhaft freizulassen;
- sicherzustellen, dass alle Personen, die sich gewaltfrei in der politischen Opposition oder für zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren, ihre Arbeit ohne Einschränkungen ausführen können.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Ramon Ignacio Ripoll Diaz

Botschaft der Republik Kuba

Stavangerstr. 20

10439 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich den Präsidenten der Republik Kuba auf die Situation des inhaftierten Oppositionellen Herrn José Daniel Ferrer García aufmerksam machen und ihn darum bitten, sich dessen Schicksals anzunehmen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)